

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

10. Wahlperiode

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

VORLAGE
10/321 - 1

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung,
Wohnen und Verkehr

- Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Verkehrsausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Böse SPD

Beschlußempfehlung

Dem Einzelplan 11 - soweit es den Verkehrsbereich betrifft -
wird nach Maßgabe der nachstehend aufgeführten Änderungen
zugestimmt.

BerichtI. Allgemeines

Der Verkehrsausschuß hat die in seine Zuständigkeit fallenden Kapitel des Einzelplans 11 in den Sitzungen am 5. Dezember 1985, 16. Januar und 6. Februar 1986 beraten. Die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. wurden in der Sitzung am 20. Februar 1986 behandelt und abgestimmt.

In der Schlußabstimmung wurde den Kapiteln des Einzelplans 11 nach Maßgabe der vom Ausschuß beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. zugestimmt.

Zur Beratung des Haushaltsentwurfs lagen dem Verkehrsausschuß die Vorlagen 10/174, 10/225, 10/236, 10/253 und 10/282 des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr vor.

II. EinzelberatungA. Personaltitel

Dem Personaletat 1986 stimmte der Verkehrsausschuß einstimmig zu.

B. Sachtitel

- | | | |
|--------------------------|---|---|
| 1. <u>Kapitel 11 460</u> | - | Allgemeine Bewilligungen
- Verkehr - |
| <u>Titelgruppe 70</u> | - | Maßnahmen zur Sicherheit im
Straßenverkehr |

Die Fraktion der SPD beantragte, die Erläuterungen wie folgt zu erweitern:

nach "Vergabe von Aufträgen - Entwicklung und Umsetzung von Initiativen zur Verkehrssicherheit" wird angefügt:

"- Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Jahres der Verkehrssicherheit 1986."

Die SPD-Fraktion will mit dieser Erweiterung der Erläuterungen sicherstellen, daß die Landesregierung das "Europäische Jahr der Verkehrssicherheit 1986" in ihre Überlegungen zur Verkehrssicherheitsarbeit in 1986 einbeziehen könne.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 2. Kapitel 11 470 - Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs
- 2.1 Titel 682 00 - Zuschüsse zu den Kosten der Unterhaltung und Instandsetzung von ortsfesten Anlagen der Strecken für Stadtbahnen

Neuer Ansatz: 6 900 000 DM

Der Antrag der Fraktion der SPD, den Ansatz um 2 000 000 DM auf 6 900 000 DM zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen. Durch die Annahme des SPD-Antrages hatte sich der F.D.P.-Antrag auf Erhöhung des Ansatzes um 1 500 000 DM erledigt.

Mit der Erhöhung des Ansatzes sollte sichergestellt werden, daß die Zuschußmittel an die Betriebe bei der weiter steigenden Zahl von ortsfesten Anlagen des Stadtbahnbetriebes nicht weiter zurückgehen.

- 2.2 Titel 891 20 - Zuschüsse für Investitionen an die Deutsche Bundesbahn zur Verbesserung der Nahverkehrsbedienung

Der von der SPD-Fraktion vorgelegte Antrag zum "Ausbau der S-Bahn Rhein-Ruhr" (s. Anlage 1) wurde einstimmig beschlossen.

- 2.3 Titelgruppe 61 - Entwicklung und Förderung von Verkehrsverbänden und Verkehrsgemeinschaften, Versuche zur Erhöhung der Attraktivität sowie Förderung der Rationalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs

- Titel 653 61 - Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände

Neuer Ansatz: 46 800 000 DM

Der Antrag der Fraktion der SPD, den Ansatz um 2 000 000 DM auf 46 800 000 DM zu kürzen, wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Kürzung des Ansatzes um 3 000 000 DM wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

Die Kürzung der Mittel zur Deckung des Mehrbedarfs bei Titel 682 00 ist nach Auffassung der SPD ver-

tretenbar, da die Mittel für die Versuche zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs nicht in vollem Umfang in 1986 abfließen können.

3. Kapitel 11 500 - Straßen- und Brückenbau
- 3.1 Titel 653 30 - Entwurfsbearbeitung (einschließlich Planung) und Bauaufsicht bei Baumaßnahmen an Landesstraßen

Der Antrag der Fraktion der CDU, den Ansatz um 2 360 000 DM auf 34 769 100 DM zu erhöhen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Zur Begründung dieser und der folgenden Anträge zum Straßenbauhaushalt führte die CDU-Fraktion aus, sie wolle sicherstellen, daß die Mittel aus dem Kraftfahrzeugsteuerverbund in voller Höhe den Gemeinden und Kreisen zur Finanzierung ihrer Straßenbaulasten verbleibe. Die CDU befürchte, daß die diesjährig erstmalige Fremdbelastung der GFG-Mittel aus dem Kraftfahrzeugsteuerverbund in Zukunft zur Regel werde.

Die SPD-Fraktion betonte, die Investitionsmittel blieben nach wie vor bei den Gemeinden. Die Gemeinden und Kreise könnten die Mittel für den Straßenbau oder andere Investitionsmaßnahmen verwenden. Aus der gegebenen Haushaltssituation müsse die SPD-Fraktion die CDU-Anträge ablehnen.

- 3.2 Titel 883 12 - Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 5 Mio. DM Gesamtkosten je Maßnahme

Der Antrag der Fraktion der CDU, den Ansatz um 3 240 000 DM auf 96 240 000 DM zu erhöhen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

- 3.3 Titel 883 13 - Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans

Der Antrag der Fraktion der CDU, den Ansatz um 18 000 000 DM auf 159 090 900 DM zu erhöhen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Die Erläuterungen zu Titel 883 13 (Haushaltsentwurf S. 196 - 207) wurden vom Verkehrsausschuß noch nicht abgestimmt. Dazu ist eine weitere Sitzung des Ausschusses am 4. März 1986 vorgesehen, deren Ergebnis dem Haushalts- und Finanzausschuß zu seiner Sitzung am 10. März 1986 mitgeteilt wird.

Die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und F.D.P. zu den Erläuterungen sind als Anlage 2 und 3 diesem Bericht beigefügt.

- 3.4 Titel 883 17 - Zuweisungen an die Gemeinden und Kreise zur Erfüllung von Aufgaben aus der Straßenbaulast (Kraftfahrzeugsteuerverbund)

Der Antrag der Fraktion der SPD, den Haushaltsvermerk Nr. 1 wie folgt zu ändern:

"Die gemäß § 25. Abs. 2 Buchstabe a) GFG 1986 schlüsselmäßig auf die Gemeinden und Kreise aufzuteilenden Zuweisungen können auch zur Deckung von Belastungen aus Maßnahmen des Baues und der Unterhaltung von Anlagen des öffentlichen Personennahverkehrs und seiner Beschleunigung, des Schienengüterverkehrs nicht bundeseigener Eisenbahnen in überwiegend kommunaler Trägerschaft, des Umweltschutzes im Verkehrsbereich, der Verkehrssicherheit und der Verkehrsberuhigung verwendet werden."

wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag der Fraktion der CDU, den Haushaltsvermerk Nr. 4 zu streichen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P., bei der Förderung des Radwegeausbaus in besonderen Einzelfällen eine bis zu 100 %ige Förderung zu ermöglichen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

3213-1

Anlage 1

Ausbau der S-Bahn Rhein-Ruhr

Der Verkehrsausschuß nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, daß 14 Jahre nach Abschluß des Ausführungsvertrages über den Ausbau der S-Bahnstrecke Düsseldorf Hauptbahnhof - Duisburg Hauptbahnhof noch keine genehmigte Planung für die endgültige Ausgestaltung des Streckenabschnittes zwischen Düsseldorf-Derendorf und Duisburg mit der Verbindung zum Flughafen Düsseldorf vorliegt.

Der Verkehrsausschuß fordert die Landesregierung auf, weiterhin gegenüber der Bundesregierung und der Deutschen Bundesbahn mit Nachdruck dafür einzutreten, daß auf der S-Bahn-Linie S 1 zwischen Düsseldorf Hauptbahnhof und Duisburg Hauptbahnhof sowie auf der S-Bahn-Linie S 7 zwischen Düsseldorf Hauptbahnhof und Düsseldorf Flughafen der 20-Minuten-Grundtakt eingeführt wird. Damit dieses Betriebsprogramm möglichst schnell, spätestens aber zur Inbetriebnahme der Ost-West-S-Bahn im Jahre 1988 realisiert werden kann, müssen die noch erforderlichen Maßnahmen unverzüglich eingeleitet werden.

Ferner bittet der Verkehrsausschuß die Landesregierung, auf den Bau der "Nordkurve" zur Herstellung einer direkten Verbindung zwischen dem Ruhrgebiet und dem Flughafen Düsseldorf hinzuwirken. Die gegenwärtigen Umsteigezeiten in Düsseldorf-Unterrath von teilweise mehr als eine halbe Stunde widersprechen dem verkehrspolitischen Ziel, in der Relation Ruhrgebiet - Flughafen Düsseldorf eine attraktive Schnellbahn-Verbindung herzustellen. Bei der großen Zahl von Flugreisenden aus dem Ruhrgebiet ist eine umsteigefreie und regelmäßige Direktverbindung dringend erforderlich, die mit Sicherheit zu einer verstärkten Inanspruchnahme der S-Bahn führen würde.

1. Landschaftsverband Rheinland
- Rheinisches Straßenbauamt Aachen -
- L 19 Ausbau zwischen Erkelenz (K 29) und Wassenberg/Myhl (K 9):
Der Betrag für 1986 wird um 1,5 Mio DM auf 1,5 Mio DM vermindert.
- Rheinisches Straßenbauamt Bonn -
- L 332 Neubau der innerstädtischen Umgehung Troisdorf
Teilstrecke L 332 - L 143:
Der Betrag für 1986 wird von 500.000,-- DM auf 4 Mio DM erhöht
- Rheinisches Straßenbauamt Euskirchen -
- L 253 Neubau/Ausbau zwischen Jülich/Altenburg und Jülich:
Der Betrag für 1986 wird um 500.000,-- DM auf 815.000,-- DM vermindert.
- Rheinisches Straßenbauamt Gummersbach -
- L 306 Ausbau zwischen Gummersbach/Nochen (L 98) und Gummersbach/Herreshagen (L 365):
Der Betrag für 1986 wird um 2.500.000,-- DM auf 500.000,-- DM vermindert.
- Rheinisches Straßenbauamt Wesel -
- L 215 Ausbau zwischen Oberhausen/Buschhausen (K 3) und der OD Oberhausen:
Für 1986 wird ein Betrag von 1 Mio DM angesetzt.
2. Landschaftsverband Westfalen-Lippe
- Landesstraßenbauamt Bielefeld -
- L 751 Bau der OU Oerlinghausen:
Für 1986 wird ein Betrag von 100.000,-- DM angesetzt.
- Landesstraßen-Autobahnamt Bochum -
- L 608 Neubau zwischen Dorsten und Lembeck; Teilstrecke L 612 - B 58:
Die Maßnahme wird neu eingesetzt und für 1986 ein Betrag von 100.000,-- DM in
Ansatz gebracht.
- L 639 n (642) Neubau in Recklinghausen/Hochlarmark:
Der Betrag für 1986 wird um 500.000,-- DM auf 1 Mio DM erhöht.

- 2 -

- Landesstraßenbauamt Coesfeld -
 L 608 Bau der OU Gescher:
 Für 1986 wird ein Betrag von 100.000,-- DM angesetzt.

- Landesstraßenbauamt Hagen -
 L 705 Ausbau in Hattingen zwischen L 924 und Bauamtsgrenze:
 Der Betrag für 1986 wird um 1,2 Mio DM auf 1.300.000,-- DM vermindert.

- L 924 Bau der OU Hattingen/Blankenstein:
 Für 1986 wird ein Betrag von 100.000,-- DM angesetzt.

- Landesstraßenbauamt Münster -
 L 555 Ausbau der OD Greven einschließlich Beseitigung eines BÜ:
 Für 1986 wird ein Betrag von 200.000,-- DM angesetzt.

- Straßenneubauamt Münster -
 L 593 Neubau/Ausbau bei Rheine:
 Für 1986 wird ein Betrag von 100.000,-- DM angesetzt.

Änderungsanträge zu einzelnen Straßen:

- L 12/238 (Seite 197 des Entwurfs)
Antrag: Für das Haushaltsjahr 1986 sind im Regierungsentwurf noch keine Mittel vorgesehen. Wegen notwendiger Vorarbeiten Einstellung von DM 200.000
- L 238 (Seite 197 des Entwurfs)
Antrag: Erhöhung des Betrages von DM 200.000 auf DM 0,5 Mio. wegen zügiger Fortführung der Arbeiten.
- L 518 (Seite 206 des Entwurfs)
Antrag: Aufnahme von DM 500.000 für das Haushaltsjahr 1986, damit mit den dringend notwendigen Vorarbeiten begonnen werden kann.
- L 528 (Seite 202 des Entwurfs)
Antrag: Aufnahme von DM 200.000 in das Haushaltsjahr 1986 wegen dringend notwendiger Vorarbeiten.
- L 555 (Seite 202 des Entwurfs)
Antrag: Aufnahme von DM 300.000 für das Jahr 1986 wegen der dringend notwendigen Vorarbeiten